



Niederschrift

12. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Juli 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 2 der Tagesordnung:

1. Satzung zur Änderung der folgenden Satzungen der Stadt Karlsruhe

a) über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)

b) über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)

2. Befristete Erweiterung der Sondernutzungsrichtlinie für mobile Verkaufsstände in der Innenstadt Karlsruhe

Vorlage: 2020/0844

Punkt 37 der Tagesordnung:

Unterstützung für Karlsruher Schausteller

Antrag: AfD

Vorlage: 2020/0663

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss

- a) die als Anlage 1 (der Vorlage) beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)“ rückwirkend zum 17. März 2020 und befristet bis einschließlich 31. Dezember 2020
- b) die als Anlage 2 (der Vorlage) beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)“ rückwirkend zum 17. März 2020 und befristet bis einschließlich 31. Dezember 2020
- c) die als Anlage 3 b (der Vorlage) beigefügte Erweiterung der „Sondernutzungsrichtlinie für mobile Verkaufsstände in der Innenstadt Karlsruhe“ um maximal zwei bis drei mobile Verkaufsstände pro nachfolgend genannten Platz:

- Friedrichsplatz auf der befestigten Fläche entlang der Handwerkskammer
- Friedrichsplatz auf der befestigten Fläche entlang der Lammstraße
- Marktplatz, Nördlicher Bereich zwischen der Pyramide und dem Café Böckeler
- Unterer Kronenplatz
- Stephanplatz
- Kirchplatz St. Stephan

befristet bis einschließlich 31. Dezember 2020

- d) den Gebührentatbestand 15.11.1 des Gebührenverzeichnisses zu § 1 Absatz 1 der „Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)“ (Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: einstimmig zugestimmt

Antrag: zurückgezogen

Mündlicher Änderungsantrag: Bei 3 Ja-Stimmen mehrheitliche abgelehnt

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 2 und 37 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Mit der heutigen Beschlussvorlage schaffen wir es, die Sondernutzungsgebührensatzung und die Verwaltungsgebührensatzung zugunsten der Schaustellerinnen und Schausteller zu ändern, dass das Corona-Platzkonzept ohne Sondernutzungsgebühr und Verwaltungsgebühr umgesetzt werden kann. De facto ist die vorgelegte Regelung eine Erweiterung des schon gefassten Beschlusses für die Händler. Denn dort waren schon Imbisse und Warenauslagen beim letzten Mal behandelt worden und von Gebühren befreit aufgrund der corona-bedingten Situation bis Ende des Jahres beschlossen worden. Der Antrag der AfD geht jetzt wesentlich weiter, nämlich eine pauschale Gebührenbefreiung bis Ende des Jahres für alle städtischen Veranstaltungen auf allen städtischen Plätzen. Das ist nicht Inhalt der Vorlage. Der Inhalt der Vorlage bezieht sich speziell auf das Thema Corona-Platzkonzept. Nicht betroffen sind die Ständegebühren für die Märkte und die Abendmärkte. Auch dort haben wir Schausteller mit ihrem Sortiment, wenn das Sortiment den Anforderungen für die Märkte entspricht. Diese bleiben weiterhin gebührenpflichtig. Wenn der Christkindlesmarkt – was wir alle hoffen – umgesetzt werden würde, würde natürlich auch für die Hauptzeit die Gebührenpflicht anfallen, bis auf die Verlängerung im Jahr, die Sie gebührenbefreit beschlossen haben. Auch wenn die Herbstmesse stattfinden könnte, was im Moment noch offen ist, würde natürlich zurzeit eine Gebührenpflicht anfallen.

Wir dürfen das aufgrund der gemeindewirtschaftlichen Regeln nicht pauschal beschließen. Wenn man dort eine Änderung in der Zukunft erreichen möchte, müsste wir dann wieder einen separaten Tatbestand formulieren. Das war noch einmal wichtig aufgrund der Frage, was wird heute genau beschlossen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir sehen, dass die Vorlage zwei Kernelemente umfasst. Einmal die Gebührenbefreiung für gewerbliche Sondernutzungen im Stadtgebiet und ein Element der

Unterstützung für Schaustellerinnen und Schausteller. Wir unterstützen beide dieser Anliegen. Wir denken, es ist sehr wichtig, in Zeiten von Corona den urbanen Raum zu stärken. Handel und Gastronomie sind ein wesentlicher Teil des urbanen Lebens. Über die Hilfen von Bund und Land hinaus sollten wir hier aktiv werden und die Gewerbetreibenden unterstützen.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass den Schaustellerinnen und Schaustellern der Betrieb ihres Gewerbes wieder ermöglicht werden sollte. Deswegen halten wir das Konzept auf den Plätzen für durchaus ausprobierenswert und hoffen, dass es ein Erfolg werden wird. Wir halten aber auch weiter die Befristung für gut und richtig, weil wir natürlich auch die kommunalen Finanzen im Blick behalten müssen, die durch Corona schon sehr stark belastet sind. Von daher halten wir es für einen richtigen Weg und gegebenenfalls dann auch über weitere Maßnahmen bei den Märkten, Herbstmessen und Weihnachtsmarkt später zu befinden.

Stadtrat Müller (CDU): Ich muss nicht näher ausführen, was Corona, die Pandemie, in den letzten Wochen und Monaten angerichtet hat. Kaum eine Branche ist nach derzeitigem Stand derart beeinträchtigt und nahezu mit einem Berufsverbot belegt, als die Schausteller. Von daher danke ich unserer Finanz- und Wirtschaftsbürgermeisterin für diese relativ einfache und dann doch in einem gesamten Konsens mit dem Schaustellerverband herbeigeführte Lösung, die wir als solche sehr gerne unterstützen, auch mit Hinblick auf ihre zunächst zeitliche Befristung. Keiner von uns vermag in die Zukunft zu schauen, was Covid-19 noch alles mit sich bringen wird. Deswegen zunächst eine temporäre Beschränkung der Satzungsänderung zur Freistellung der Gebühren für die Schausteller mit diesem ausgearbeiteten Plätzekonzept. Der Antrag der AfD ist in diesem ganz expliziten Fall dem Ganzen nicht besonders erträglich. Deswegen lehnen wir den ab. Die Beschlussvorlage hat unsere volle Zustimmung.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wir freuen uns auch. Wir freuen uns, dass nach den vielen Gesprächen, die wir mit den Schaustellern über die letzten Wochen geführt haben, jetzt ein kleiner Lichtstreif am Horizont ist. Es ist mit Sicherheit nicht für alle befriedigend. Das ist aber eine Chance. Wer das von den Schaustellern nutzt, das müssen die im Einzelnen abwägen. Es ist eine Chance, die sie ergreifen können. Wie gesagt, wer es letztendlich macht, das müssen die selbst entscheiden.

Wir haben ihnen eine kleine Brücke gegeben. Das ist ein großer Dank an die Verwaltung. Es steht in der Vorlage, die finanziellen Einbußen beziehungsweise, was finanziell auf die Stadt zukommt, kann man nicht erahnen oder noch nicht berechnen. Irgendwann im August gibt es ein Gespräch. Die Vorlage heute beruht auch auf einem runden Tisch, der am 1. Juli stattfand. Im August wird das Ganze noch einmal evaluiert. Ich freue mich heute für die Schausteller. Es ist wirklich ein freudiger Tag, dass ihnen von Seiten der Stadt so – ich gehe fast davon aus, dass es einstimmig sein wird – eine starke Unterstützung signalisiert wird.

Stadtrat Hock (FDP): Zuerst bin ich dankbar, dass heute das gesamte Haus – davon gehe ich jetzt aus – auf diesen Weg zusammen mit der Verwaltung eingeschwenkt ist. Heute hat der Kollege von der GRÜNE-Fraktion alles positiv bewertet. Es war aber auch schon von anderer Seite hier im Haus, von Ihrer Fraktion, etwas anderes zu den Schaustellern gesagt worden. So viel muss jetzt dazu gesagt werden. Es ist in Ordnung. Ihre Äußerungen sind lobenswert. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Das muss man wirklich sagen. Das sind die Leute, die ganz am Schluss von uns bedacht werden mit Kleinigkeiten. Es ist eine Kleinigkeit. Aber für die Menschen, die jetzt wirklich am Rande ihrer Existenz stehen, am Abgrund, muss man wirklich sagen,

sind wir froh und dankbar, dass wir das heute in diesem Haus beschließen und überhaupt die Möglichkeit schaffen, dass die Leute jetzt herauskommen. Denen fällt die Decke auf den Kopf. Die sind dankbar und froh, wenn sie wieder auf einen Platz kommen.

Ich hoffe, dass die Stadtverwaltung auch nicht so schnell zuckt in nächster Zeit, dass nicht gleich etwas abgesagt wird. Lasst dieses Fenster, lasst diese Tür noch einen Spalt offen. Das machen wir auch. Da bin ich dankbar, Frau Erste Bürgermeisterin, dass jetzt nicht gleich, wie in anderen Städten schon vorgemacht, der Weihnachtsmarkt abgesagt ist. Lassen Sie die Tür auf. Lassen Sie uns nach den Sommerferien darüber noch einmal sprechen. Wir alle haben mit so vielen Leuten zu diesem Thema gesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen, da sind Tränen geflossen. Es ist einfach so. Die Leute können im Moment nichts tun.

Meine Fraktion ist sehr dankbar, dass Sie das, Herr Oberbürgermeister, Frau Erste Bürgermeisterin, jetzt auf den Weg bringen. Herr Baumbusch, herzlichen Dank für Ihre Hilfe. Das ist auch nicht ganz selbstverständlich. Sie müssen ein neues Konzept erstellen. Sie haben alles nicht einfach so hingenommen. Herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen versuchen, das ganze mit Corona allen in unserer Stadt so erträglich wie möglich zu machen. Da gehört auch dazu, dass die Mitarbeiter am Strang mitziehen. Das tun sie. Dafür sind wir sehr dankbar. Herzlichen Dank.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen. Dem mitaufgerufenen Antrag Nr. 37 können wir nicht folgen. Das Wichtigste war zu einem bestimmten Zeitpunkt, dass dieser runde Tisch stattgefunden hat, dass die Betroffenen mit der Verwaltung und allen Zuständigen im Rathaus überlegt haben, was kann man tun für die Schausteller. Dafür möchte ich mich noch einmal bedanken, dass dieser Weg gegangen wurde.

Aber, jetzt kommt ein Aber, ich wünsche mir einen zweiten Tisch. Der Herr Kollege Müller hat gesagt, das ist die einzige Branche, die ganz am Ende steht und ihre Geschäfte nicht machen kann. Das ist richtig. Aber es gibt eine zweite Branche. Das sind die Clubs. Die werden vielleicht heute noch einmal Thema werden. Auch da wünsche ich mir einen runden Tisch. Es ist notwendig. Man sieht, dass die Clubbetreiber nicht unbedingt die Eigeninitiative ergreifen. Es ist keine Wertung. Es ist einfach eine Feststellung. Da würde ich noch einmal an Sie appellieren, Herr Oberbürgermeister, und an Sie, Frau Erste Bürgermeisterin, auch in diese Richtung noch einmal zu denken, vor allem vor dem Hintergrund, was deutschlandweit geschieht, dass junge Leute nicht mehr in ihre Clubs kommen.

Stadträtin Fenrich (AfD): Erst einmal vielen herzlichen Dank an die Verwaltung, dass es gelungen ist, die Schausteller in diese Satzung miteinzubeziehen. Es war uns ein großes Herzensanliegen, ist doch das Schaustellergewerbe eine Tradition auch hier in Karlsruhe. Dafür vielen Dank.

Jetzt muss man natürlich sehen – ich will mich gerne meinen Vorrednern zum Teil anschließen –, dass diese Sondernutzungsgebühren erlassen sind für die Schausteller, die auf den aufgezählten Plätzen ein oder zwei Stände aufstellen können. Es ist natürlich bei weitem nicht das, was das Schaustellergewerbe insgesamt bietet, wenn sie auf Jahrmarkten oder Plätzen auftauchen können. Deswegen ist die Frage, wie wird es sein, wenn sich mehrere Schausteller mit ihren Ständen für einzelne Plätze bewerben. Das ist uns nicht bekannt. Da sehen wir ein ganz großes Problem. Wir möchten die Schausteller auch gar nicht ausschließen, sondern es ähnlich ma-

chen, wie bei anderen Gruppen, wie zum Beispiel bei Kulturschaffenden. Selbstverständlich sind zuerst die Bundes- und Landesmittel zu generieren. Da geht kein Weg daran vorbei. Es spielt natürlich auch die Vermögenslage eine wichtige Rolle. Aber andererseits haben wir hier gehört, sind die Schausteller die Gruppe, die wahrscheinlich am meisten gebeutelt ist von allem. Deswegen möchten wir auch an unserem Antrag TOP 37 festhalten, dass weitergehende Maßnahmen ergriffen werden müssen für die Schausteller.

Wir würden gerne einen Änderungsantrag hier mündlich stellen, dass die Schausteller analog der Künstler von den städtischen Förderungen profitieren. Bei den Künstlern ist es so, auch erst Bundes- und Landesmittel, dann müssen sie nachweisen, dass sie von einer Insolvenz bedroht sind. Was natürlich bei den Schaustellern nicht geht, ist das Einwerben von Spenden. Aber das wäre unser Anliegen, dass man das jetzt so versteht mit unserem Änderungsantrag, dass die Schausteller weiter gefördert werden im Rahmen dessen analog der Künstler.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Es wurde schon richtig gesagt, diese Maßnahme wird die Schausteller nicht retten. Aber es kann ein ganz kleiner Rettungsanker sein, um sie aus diesem Schlamassel wieder herauszuziehen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Vorlage der Verwaltung. Ich mache es ganz kurz. Den Antrag der AfD, auch den Änderungsantrag der AfD, werden wir ablehnen. Diese Parallelen zur Kultur zu ziehen, ist an der Stelle etwas schwierig, weil es dennoch kommerzielle Betriebe sind. Das ist noch einmal eine andere Geschichte. Ich kann nur das Anliegen von Herrn Cramer nochmals unterstützen, dass wir über die Clubkultur sprechen. Wir haben im Kulturausschuss schon darüber diskutiert. Vielleicht könnte man im Rahmen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung noch einmal über Maßnahmen sprechen, wie wir sie aufgreifen können. Es ist auch gerade ein Brief in den Fraktionen in Erarbeitung, darum zu bitten. Also kann ich das nur unterstützen. Wie gesagt, volle Unterstützung von unserer Fraktion für das Anliegen. Wenn weitere Maßnahmen noch möglich sind und wir sie finden, gemeinsam mit den Schaustellern und Schaustellerinnen, sind wir dafür sehr offen.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Für die Schausteller ist aktuell noch kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Der Duft von gebrannten Mandeln, das fröhliche Jauchzen bei einer Karussellfahrt, Lebkuchenherzen, der Riesent Teddy vom Losverkäufer, Jahrmärkte und Schausteller sind ein Stück unserer Kultur. Wenn wir wollen, dass zukünftig auch noch unsere Kinder und Enkelkinder mit leuchtenden Augen über einen Jahrmarkt gehen, dann müssen wir jetzt etwas dafür tun. Den Schaustellern die Möglichkeit zu geben, temporär an verschiedenen Plätzen ihre Stände ohne die Erhebung von Sondernutzungsgebühren aufzubauen, ist ein Strohalm, den wir dem Ertrinkenden reichen. Solange keine Großveranstaltungen stattfinden können, ist dies Hilfe zur Selbsthilfe.

Ausdrücklich möchten wir uns bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und bei Ihnen, Frau Erste Bürgermeisterin bedanken, dass Sie den Weg geebnet haben. Wir werden der Satzungsänderung zustimmen. Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne noch etwas zu den Weihnachtsmärkten sagen. Wir werden natürlich den Teufel tun, hier irgendetwas abzusagen oder Türen zuzumachen. Die Möglichkeiten sind letztlich durch die Landesverordnung bestimmt. Ich kann nur an das ganze Haus appellieren, auch über die Landespolitik noch einmal dafür zu werben, dass man nicht von vornherein bestimmte Veranstaltungen ausschließt, sondern dass man eher die Ansage an die Veranstalter macht: Schafft Ihr es, mit Mindestabstand oder mit Masken die Bedingungen zu schaf-

fen, die dann eine gewisse Infektionssicherheit herstellen? Wenn der Nachweis erbracht werden kann, dann sollte man diese Veranstaltungen auch ermöglichen. Wenn das auf unseren Wochenmärkten funktioniert, verstehe ich bis heute nicht, warum man nicht mit einer ähnlichen Konzeption auch einmal das Thema Weihnachtsmärkte vernünftig angehen kann. Wenn es dann am Ende nicht durchführbar ist, muss man sich damit abfinden. Aber von vornherein schon bestimmte Formate auszuschließen, finde ich vor allem auch für die Betroffenen sehr demotivierend und auch frustrierend.

Ihren Antrag, Frau Stadträtin Fenrich, können wir jetzt nicht übernehmen. Ich könnte jetzt noch ganz viel zum Unterschied zwischen öffentlich geförderter Kunst und Kultur einerseits und den Schaustellerinnen und Schaustellern auf der anderen Seite sagen. Hier haben wir bisher keine kommunale Verantwortung für irgendwelche Rettungsschirme. Auch das Thema, dass man da, wo die Schausteller ein normales Geschäft machen können, ihnen dann auch noch die entsprechenden Standgebühren erlässt, ist neben dem rechtlich Problematischen und dem haushaltsrechtlich Problematischen auch keine unbedingt besonders passende Logik. Von daher würden wir weiter an der Unterscheidung festhalten, dass man diese Sondermöglichkeit jetzt für die Schausteller schafft, von der auch keiner weiß, ob sie den Schaustellern am Ende wirklich diese Einnahmen bringt, diese Sondergebühren nutzungsfrei macht, aber die klassischen Formate, wenn sie denn stattfinden, dann durchaus auch mit Standgebühren belegt. Daran würden wir gerne festhalten.

Jetzt kommen wir in die Abarbeitung dieses Tagesordnungspunktes. Frau Fenrich, Sie haben weiter beide Anträge am Laufen, oder wie können wir damit jetzt umgehen?

Stadträtin Fenrich (AfD): Wir würden unseren ursprünglichen Antrag zurückziehen und gegen den Änderungsantrag, der eigentlich enger gefasst ist, austauschen.

Der Vorsitzende: Dann rufe ich den Änderungsantrag der AfD auf und bitte um das entsprechende Kartenzeichen. – Dann haben wir bei 3 Stimmen dafür ansonsten mehrheitlich eine Ablehnung.

Jetzt kommt die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung. Da bitte ich Sie jetzt auch um Ihr Kartenzeichen. – Da haben wir nur gelb, eine einstimmige Zustimmung.

Herr Stadtrat Cramer, das mit den Clubbetreibern nehmen wir auf. Wir haben in den letzten Monaten viele runde Tische gemacht mit Gastronomen, die Hotellerie kommt demnächst. Wir haben es mit den Schaustellern gemacht. Ich denke, wir werden es dann auch mit den Clubbetreibern vornehmen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: